FDP Rödermark

HAUSHALT – KEINE AUSSICHT AUF RETTUNG?

21.02.2014

RÖDERMARKS HAUSHALT – KEINE AUSSICHT AUF RETTUNG? VON DR. RÜDIGER WERNER

Dr. Rüdiger Werner
6.10.2011
Laut Bund der Steuerzahler Hessens hatte Rödermark Ende 2010 27,3 Mill. € Schulden und steht damit mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von etwas mehr als 1.000 € im Kommunalvergleich ganz gut da. Was bei dieser Rechnung nicht erwähnt wird, ist der 2. Finanzierungstopf, der in den letzten Jahren fast ausschließlich zur Finanzierung des Rödermärker Defizits herangezogen wurde: die Kassenkredite. Diese sind in etwa vergleichbar mit den Dispokrediten der normalen Bankkunden, d.h. es handelt sich um Kontoüberziehungs¬kredite zur Deckung der laufenden Kosten, zur Gewährung von Liquidität. Im Normalfall – in Rödermark z.B. zu Walter Faust's Zeiten – kam man mit weniger als einem Monatsgehalt für die Angestellten aus, 200.000 DM Kassenkredite wurden mir zugetragen.
Kassenkredite
Der aktuelle Stand der Kassenkredite Rödermarks liegt bei 37 Mill. €, zusammengefasst kommt man also auf eine Schuldensumme von 64 Mill. €, was schon nicht mehr gut aussieht. Wie kommt das? Kommunen gelten bis zu einem gewissen Grad als gute Schuldner und bekommen daher von ihren Hausbanken (an denen sie oft auch beteiligt sind) sehr gute Konditionen, die im Allgemeinen in der Größenordnung des aktuellen Hauptrefinanzierungs-satzes der EZB liegt, d.h. im Moment bei rund 1,5 %. 2010 mussten für die Kassenkredite gar deutlich weniger als 1,0 % Zinsen bezahlt werden. Was in den letzten Jahren ein Glücksfall war, kann aber auch ganz schnell zur Falle werden. Steigt der Leitzins stark an, steigen auch die für die Kassenkredite fälligen Zinsen. Zu einem

Abgerufen am 05.11.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=10606

weiteren Problem komme ich später.

Ausgeglichener Haushalt war gestern

Jedes Jahr im Herbst läuft Kämmerer Alexander Sturm zur Hochform auf. Der Haushalt wird eingebracht und in eindringlichen Worten und Graphiken wird die ganze Misere der Rödermärker Finanzen beleuchtet. Die Probleme wurden erkannt und werden benannt, die Folgen in all ihrer Drastik dargestellt. Was fehlt sind Ideen, wie man der Katastrophe, auf die man unweigerlich zusteuert, noch entkommen kann. Ich möchte die Zahlen für 2012 kurz zusammenfassen: Einnahmen von 36,5 Mill. € stehen Ausgaben von 46 Mill. € gegenüber. Zieht man die Transferzahlungen ab (Anteile an Einkommens- und Umsatzsteuern + Zuweisungen bei den Einnahmen und Kreis-, Schul- und Gewerbesteuerumlagen bei den Ausgaben), sieht die Bilanz noch ernüchternder aus: Zur Finanzierung der städtischen Aufgaben werden 22,2 Mill. € benötigt (etwa 853 €/Einwohner), dem stehen aber nur Einnahmen in Höhe von 12,7 Mill. € gegenüber (etwa 487 €/Ew.). Es bleibt ein Defizit von rund 9,5 Mill. € übrig (etwa 366 €/Ew.). Es ist das 4. Jahr in Folge mit einem Defizit zwischen 8 und 10 Mill. € und was noch schlimmer ist: die Perspektive wird nicht besser, es zeichnen sich vielmehr weitere jährliche Kosten in Millionenhöhe ab. Ohne drastische Maßnahmen wird Rödermark laut Alexander Sturm schon im Jahr 2030 über 800 Millionen € Schulden haben, allein der Schuldendienst wird höher sein als die jährlichen Einnahmen.

Griechische Verhältnisse zwischen Bule und Hoabach?

Die Antwort lautet ganz klar: ja. Will Rödermark all seine gesetzlichen Verpflichtungen einhalten, gibt es keine Möglichkeit mehr, der Schuldenspirale zu entkommen. Man kann nicht eben mal die Ausgaben um 40 % kürzen oder die Einnahmen fast verdoppeln. In den letzten Jahren, in denen es Deutschland gefühlt gut ging, hat der Gesetzgeber diverse Standards angehoben, die man sich gerne leisten möchte, die sich die öffentliche Hand aber nicht wirklich leisten kann. Die teuersten hierunter für die Kommunen lassen sich mit den Stichworten: Anspruch auf Betreuungsplätze, Betreuungsschlüssel, Barrierefreiheit und Brandschutz zusammenfassen. Wenn hier nicht erkannt wird, dass nicht alles, was gut und wichtig ist, unter den gegebenen Umständen auch finanzierbar ist, ist eine Lösung der Finanzprobleme nicht möglich. Die Kommunen stecken hier in einem Dilemma: auf der einen Seite sind viele Angestellte im öffentlichen Dienst praktisch unkündbar (unabhängig von den praktischen Auswirkungen lassen sich aufgrund der Rechtslage die Personalaufwendungen nur bedingt reduzieren), die Gebäude sollen/müssen weiterhin nutzbar sein (die Nebenkosten von Rathäusern, Bürgertreffs,

Abgerufen am 05.11.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=10606

Büchereien, Sport- und Kulturhallen etc. lassen sich nur in geringem Maße reduzieren) und für die allermeisten Dienstleistungen gibt es gesetzliche Verpflichtungen (Kindergärten, Standesamt, Friedhof, Feuerwehr etc.), auf der anderen Seite sollen sie nach Möglichkeit keine neuen Schulden machen. Das passt im Falle Rödermark nicht mehr zusammen. Eigentlich können die Kommunalpolitiker ihr Zeug wieder einpacken und zu Hause bleiben. Gestaltungsspielräume sind faktisch keine mehr vorhanden, es geht nur noch um die Verwaltung des Mangels, wer traut sich als erster, die nötigen drastischen Sparmaßnahmen und Einschnitte zu verkünden. Das man damit keine Wähler und folglich Wahlen gewinnt, ist klar. Aber gibt es noch Alternativen? In meinen Augen: nein!

An dieser Stelle möchte ich kurz für Verständnis für die Stadtverordneten werben. Keiner lässt ich aufstellen, wenn der letztgenannte Satz die einzige Maxime ist. Ein Rest an Gestaltungsspielraum muss vorhanden sein, auch wenn das fast immer mit Kosten verbunden ist. Ohne diesen Rest an positiver Veränderungsmöglichkeit demotiviert man die Verantwortlichen völlig, so dass die Bereitschaft, die nötigen Maßnahmen zu beschließen, um das Ende mit Schrecken vielleicht doch noch vorher abzuwenden, sinkt, sich eine Gleichgültigkeit breit macht und das Gemeinwesen Kommune am Ende daran zerbricht. Daher wird wohl auch die FDP einige Haushaltsanträge stellen, die mit Investitionen, d.h. neuen Kosten verbunden sind. Nur werden diese in keinem Verhältnis zu den vorgeschlagenen Einnahmesteigerungen und Ausgabenkürzungen stehen.

Die Einnahmenseite

Wenn man etwas ändern will, muss man zum einen die Einnahmen steigern und die Ausgaben verringern. Was sich in der Theorie einfach anhört, ist in der Praxis oft äußerst schwierig.

Die Einnahmenseite einer Gemeinde besteht aus Zuweisungen, Anteilen an Landes- und Bundessteuern, dem größten Teil der Gewerbesteuer, der Grundsteuer, Erlösen aus Verkaufsgeschäften und Gebühren für Dienstleistungen. Auf die Höhe der Zuweisungen und Steuerbeteiligungen hat eine Kommune nur indirekt Einflussmöglichkeit, weshalb diese Parameter bei einer Konsolidierung keine Rolle spielen können. Rödermark liegt mit seinen Hebesätzen von Grundsteuer und Gewerbesteuer im Mittelfeld, durch Anhebung der Hebesätze könnte man kurzfristig Mehreinnahmen von einigen 100.000 € erzielen. Dies werde ich aber keinesfalls vorschlagen, die Bedingungen für das Gewerbe müssen sich verbessern und dürfen sich keinesfalls auf diese Art verteuern. Das Ausweisen neuer Wohngebiete zur Steigerung der Grundsteuer ist zum einen aufgrund der

Abgerufen am 05.11.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=10606

Einschränkungen des regionalen Flächen¬nutzungsplans kaum noch möglich, zum anderen sind die dadurch erzielbaren Mehreinnahmen marginal. Ähnlich sieht es bei der Gewerbsteuer aus. Durch neue Gewerbegebiete lassen sich unsere Haushaltsprobleme nicht lösen. Um Mehreinnahmen von 9,5 Millionen € mit der Gewerbesteuer zu erzielen, müsste man (bei gleichen Erträgen pro Fläche wie bei den bisherigen Gewerbegebieten) rund 300 ha Gewerbegebiete neu ausweisen und besiedeln. Das ist mehr als die komplette Freifläche zwischen Waldacker, Ober-Roden, Messenhausen und Urberach. Ganz davon abgesehen, dass die Zahl der ansiedlungswilligen Firmen äußerst gering ist, beträgt die laut Flächennutzungsplan noch für Gewerbeflächen zur Verfügung stehende Fläche nur rund 9 ha, von denen 7 auch noch laut Koalitionsvertrag in den nächsten 5 Jahren nicht angerührt werden dürfen. Dennoch gibt es bei der Gewerbesteuer noch ein großes Potenzial nach oben. Während Rödermark nur 212 € pro Einwohner aus der Gewerbesteuer zur Verfügung steht, liegt der Hessendurchschnitt bei 460 €/Ew., in Frankfurt sind es sogar 1689 €. Gelingt es uns, durch intelligente Wirtschaftsförderung die Produktivität der bestehenden Gewerbeflächen zu erhöhen, sehe ich langfristig eine Steigerungsmöglichkeit um 25 bis 50 %. Diese potenziellen Mehreinnahmen bedürfen aber großer Anstrengung und sind keinesfalls gesichert. Im Übrigen fällt das Haushaltsdefizit von Kommunen mit deutlich höheren Gewerbesteuereinnahmen (Langen, Dreieich, Neu-Isenburg) auch nicht unbedingt kleiner aus. Allein die Spielräume erscheinen etwas größer

Erlöse aus Verkaufsgeschäften sehe ich prinzipiell kritisch. Damit wird in der Regel das Eigenkapital abgesenkt, der Verkaufserlös ist einmalig und nicht nachhaltig. Und für Objekte, die defizitär sind, deren Verkauf die Stadtkasse daher entlasten würde, wird es sehr schwierig Käufer zu finden. Oder kennen Sie jemanden, der Rödermark spontan Kulturhalle und Badehaus abkaufen würde? Da es kaum noch veräußerbares städtisches Vermögen (z.B. in Form von Baugrundstücken) gibt, wird dieser Einnahmeposten in Zukunft eher noch weiter absinken.

Bleiben die Gebühren für Dienstleistungen sowie ein bisher noch nicht in Anspruch genommener Posten. Meine Partei ist sicherlich nicht als die Partei bekannt, die die Bürger mit höheren Steuern und mehr Kosten belasten will. Es gibt aber Situationen, wo dies in meinen Augen unabdingbar ist. Bei unserer Finanzlage gibt es keinen Spielraum, die Zeiten sind vorbei, wo der Bürger einseitig von höheren Standards profitiert, aber keine höheren Beiträge dazu leisten muss. Wenn das Privatvermögen der Deutschen jedes Jahr um einen fünffach höheren Betrag ansteigt als das Defizit der öffentlichen

Abgerufen am 05.11.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=10606

Haushalte, ist die Balance empfindlich gestört. Prinzipiell ist dies eine Bundesangelegenheit, deren Rahmen diesen Blog sprengen würde. Ohne andere Steuerungsmöglichkeiten beeinflussen zu können, bleibt dem Kommunalpolitiker kaum etwas anderes übrig, als nach unpopulären Dingen, wie z.B. der Einführung von wiederkehrenden Straßensanierungsbeiträgen, zu rufen. Zu diesem Thema werde ich einen eigenen Blog schreiben, so dass ich hier nur das Ergebnis diskutieren möchte. Hierbei handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen, die nur für die Sanierung der Gemeindestraßen verwendet werden dürfen. Sie werden von jedem Grundstücks¬besitzer wie eine 2. Grundsteuer erhoben und sind umlagefähig. Um den Verpflichtungen zum Unterhalt der Gemeindestraßen auch nur halbwegs nachkommen zu können, sind hier jährliche Einnahmen von mindestens 2 Mill. € nötig (zum Vergleich: Einnahmen Grundsteuer B: 3,2 Mill. €). Ich will das nicht, weder als Privatperson noch als Kommunalpolitiker, und ich wünschte, es gäbe andere Optionen. Aber die gibt es nicht und so werde ich mich – und ich denke, die FDP wird dies letztendlich auch so sehen – dieser Notwendigkeit auch stellen.

Die Gebühren für Dienstleistungen sind zum Teil vom Gesetzgeber festgelegt (Meldeämter, Passamt) bzw. schon heute annähernd kostendeckend. Ein großer Posten – der größte im gesamten Haushalt – ist davon ausgenommen: die Kinderbetreuung. Hier liegen die Deckungsgrade durch die Gebühren bei bescheidenen 12-20 % (mit anderen Zuschüssen bei 25–30 %). Jeder Betreuungsplatz ist hoch subventioniert: 10.600 €/Jahr für einen städtischen U3-Betreuungsplatz, 5.300 € für einen Kindergartenplatz, 4.200 € für einen Hortplatz. Mit über 6 Mill. € pro Jahr wird der Betreuungsbereich durch die Stadt Rödermark subventioniert. Nun ist Erziehung und Bildung mittlerweile eine teilstaatliche Aufgabe, die niedrige Geburtenrate eines der größten Zukunftsprobleme Deutschlands und folgerichtig sieht der Staat es auch als seine Aufgabe an, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ein Betreuungsangebot zu schaffen, dieses finanziell zu fördern und damit die Bereitschaft zum Kinderkriegen zu erhöhen. Bisher leider erfolglos. Leider kann sich Deutschland dieses gut gemeinte Paket eigentlich nicht leisten. Zumindest haben Kommunen wie Rödermark größte Schwierigkeiten, ihren Beitrag zu leisten. Der liegt im Betreuungsbereich. Ich halte es auch in Zeiten knappster Kassen für richtig, dass sich der Staat dafür einsetzt, ein ausreichendes Angebot zu schaffen. Nur bin ich der Meinung, dass die Kinderverantwortung den Eltern nicht abgenommen werden darf – was mit der bisherigen Praxis der Kostenübernahme durch die öffentliche Hand praktisch geschieht. Mein Ansatz – besserer Service bei höherer Eigenbeteiligung – stärkt

Abgerufen am 05.11.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=10606

die Verantwortung der Eltern und entlastet den städtischen Haushalt. Auch ich fordere nicht die komplette Streichung der Subventionen im Betreuungsbereich. Aber eine höhere Eigenbeteiligung an den Kosten durch die Eltern halte ich für unausweichlich. Mittelfristig sollte die Zielsetzung lauten, einen Gesamt-Kostendeckungsgrad von 50 % bei der Kleinkindbetreuung und von 40 % bei der Kindergarten- und Hortbetreuung zu erreichen. Im Klartext heißt das: die bisherigen Entgelte müssten um 80 bis 150 % angehoben werden. Die damit maximal erzielbaren Mehreinnahmen liegen zwischen 1,3 und 1,8 Millionen €/Jahr. Die Maßnahme ist völlig unpopulär, das ist mir klar, aber was ist die Alternative?

Fazit: Durch unpopuläre Maßnahmen ließen sich die Einnahmen mittelfristig um maximal 4–5 Millionen € steigern. Bleiben bis zum Haushaltsausgleich noch 5–6 Millionen €, die bei der Ausgabenseite eingespart werden muss. Ist das möglich?

Kahlschlag bei den Ausgaben?

Um die eben gestellte Frage vorweg zu beantworten: ohne betriebsbedingte Kündigungen, ohne Einschränkungen des Angebotes, ohne den Verzicht auf lieb gewonnene Errungen-schaften und bei Einhaltung aller gesetzlicher Vorgaben? Nein!

Ich werde an dieser Stelle keine detaillierten Vorschläge machen, dass macht die FDP nach ihrer Haushaltsklausur im Zuge von Haushaltsanträgen. Aber eine grobe Richtung, wie es gehen könnte, möchte ich doch angeben.

Der Stellenplan 2012 geht von 11,5 Planstellen mehr aus als 2011, die meisten dazu zum Betrieb der Kindergärten/U3-Betreuung. Mehr Personal anstatt weniger! Punkt 1 einer ernsthaften Konsolidierung wäre: keine Erweiterung des Stellenplans! Punkt 2 wäre betriebsbedingte Kündigungen nicht auszuschließen. Vielleicht geht es mittelfristig auch ohne, in dem man z.B. festlegt, dass durch natürliche Fluktuation freiwerdende Stellen wegfallen bzw. bei unausweichlicher Wiederbesetzung an anderer Stelle Stellen wegfallen müssen. Natürlich wird jeder Fachbereich um seine Stellen kämpfen und sagen, es geht nicht ohne sie. Natürlich bedeutet das Einbußen an der Qualität, an der Bearbeitungszeit. Aber es ist notwendig. Zumal Rödermark mit die höchste öffentliche Personaldichte aller hessischen Kommunen hat. Auf eine bei der Stadt beschäftigte Person kommen 90 Einwohner. Der Durchschnitt aller vergleichbarer Kommunen in Hessen liegt bei 110 Einwohnern. Umgerechnet sind das über 50 Stellen weniger. Würde Rödermark nur im Durchschnitt vergleichbarer Kommunen liegen, wären unsere Personalausgaben u rund 2 Millionen Euro niedriger.

Punkt 3 wäre zur Unterstützung eine konsequente Einführung von E-Government, d.h.

Abgerufen am 05.11.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=10606

web-basierenden Dienstleistungen. Deren Einrichtung und Wartung kostet anfangs natürlich Geld, dafür sinken langfristig Bearbeitungszeiten, die teuren Publikumszeiten können reduziert werden, Personal bei steigender Servicequalität eingespart werden. Wichtiger als eine 16.000 € teure Anzeige im Merian-Heft wäre für das Stadtmarketing auch ein zeitgemäßer Internetauftritt.
Punkt 4 wäre das Durchforsten der Produkte im Haushalt nach Positionen, die nur temporär benötigt werden, aber vorgehalten werden müssen. Diese könnten mit Nachbarkommunen zur Effizienzsteigerung zusammengelegt werden. Darunter könnten Produkte fallen wie Rechnungsprüfung, Vollzugsdienst, Gefahrgutüberwachung, Fundsachen etc. Ein sechsstelliges Einsparpotenzial pro Jahr ist durchaus realistisch.
Punkt 5 wäre die Verweigerung der Einhaltung geforderter Standards im Betreuungsbereich. Natürlich ist es pädagogisch wünschenswert, wenn auf 20 KiTa-Kinder 1,75 Betreuerstellen kommen anstatt auf 25 Kinder 1,5. Aber wenn wir es uns einfach nicht leisten können? Natürlich haben Kinder nun ab dem 1. Lebensjahr nun einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Natürlich sind ausreichende Betreuungsplätze ein Standortfaktor erster Güte. Aber wenn wir uns das einfach nicht leisten können? Wie viele Klagen würden auf Rödermark zukommen? Ich denke jetzt mal ganz extrem: Ist es am Ende nicht billiger, nur klagenden Eltern einen Platz zukommen zu lassen, als den Bedarf, den man mit der Errichtung weiterer Einrichtungen auch fördert, nachzugehen. Alleine im U3-Bereich wäre es dann absehbar, dass die Kosten um weitere 1,5 Millionen € jährlich steigen. Neben der Forderung einer höheren Eigenbeteiligung der Eltern muss es erlaubt sein, auch über die bewusste Nicht-Einhaltung der hohen Standards nachzudenken.
Trotz allem wird es in diesem Punkt mittelfristig nicht darum gehen, die Ausgaben zu senken, sondern nur darum zu verhindern, dass sie weiter ansteigen und so alle Einsparbemühungen in anderen Bereichen zunichte machen.
Punkt 6: In den meisten Produkten ist der Ansatz der Sach- und Dienstleistungen höher als im Jahr 2011, der Anstieg übersteigt in Summe die Steigerung der Lebenshaltungskosten deutlich (12 % Anstieg gegenüber Ist 2010). Etliche der geplanten Mehraufwendungen sind gut begründbar, der Anstieg zeigt aber auch, dass nicht in allen Fachbereichen die Finanzmisere der Stadt auch im Bewusstsein der Mitarbeiter angekommen ist. Will man konsolidieren, dürfen die Sach- und Dienstleistungen nicht in diesem Maße weiter ansteigen. Auch wenn ich im Prinzip gegen die Gießkanne bin, so würde ich einen Stadtverordneten-Beschluss, der sämtliche Budgets in diesem Bereich

Abgerufen am 05.11.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=10606

erst einmal generell um 10 % kürzt, begrüßen und mittragen.
Punkt 7: Prüfung von Einsparmöglichkeiten bei den Gebäudekosten. Die Gebäudekosten (Miete und Nebenkosten, Instandhaltung) als Teil der Sach- und Dienstleistungs¬aufwendungen betragen 4,36 Mill. €. Tendenziell steigen diese durch Steigerungen der Energiekosten weiter an. Durch Investitionen in mehr energetische Effizienz sind langfristig sicher noch Einsparungen zu erzielen, zumindest sollten die steigenden Energiekosten aufzufangen sein. Die Hälfte der Gebäudekosten fallen übrigens im Fachbereich 5 (Kultur) an (Kulturhalle, Kelterscheune, Bücherturm, Halle Urberach, Sporthalle Ober-Roden). Hier wird die FDP Detailinformationen anfordern um beurteilen zu können, ob es Einsparpotenziale gibt.
Punkt 8: Streichung von Zuschüssen: Die Freiwilligen Leistungen der Stadt in Form von Zuschüssen und Zuwendungen sind 2012 mit 1,68 Mill. € angesetzt. Darunter fallen 28 Positionen, die auf den ersten Blick alle sinnvoll sind. Aber können wir uns auch alle leisten? Viele dieser Zuschüsse ersparen der Stadt Kosten. Würden die Fördervereine der Schulen oder die freien Träger der Kleinkindbetreuung nicht bezuschusst, würde deren Angebot wegfallen, die Aufgabe würde auf die Stadt zurückfallen, was am Ende deutlich teurer wird. Alle Parteien sind sich einig, dass auch die Vereinsförderung in der Summe nicht gekürzt werden soll. 400.000 € Zuschuss zum Betrieb des Badehauses sind in diesen Positionen ebenso enthalten wie 180.000 € für die Wirtschaftsförderung. Aber sind 100.000 € Zuschuss für die Musikschule noch zu verantworten? Jede Streichung eines Zuschusses trifft eine Gruppe von engagierten Menschen hart, aber wenn kein Geld vorhanden ist, bleibt auch hier keine Alternative. Eine Reduktion dieses Ausgabepostens von 10 % muss möglich sein.
Punkt 9: Umstrukturierungen im Badehaus. Das Badehaus hat 2010 ein Defizit von fast 1,1 Mill. € erwirtschaftet. 400.000 € davon sind Teil des städtischen Haushalts, der Rest ist im Haushalts der KBR ausgewiesen. Hier sehe ich erhebliche Einsparpotenziale. Warum braucht das Badehaus einen Werbeetat von über 70.000 €? Braucht das Badehaus überhaupt eine separate Leitung? In anderen Einrichtungen tut es – salopp gesagt – ein Kassenautomat und ein Bademeister, warum braucht das Badehaus so viele Beschäftigte? Mittelfristig sollte durch das Schließen des Sauna- und Wellnessbereichs sowie die Wiederherstellung der Betriebsmöglichkeit des Blockheizkraftwerkes die Kostenseite reduziert werden können. Sollte das Haushaltsdefizit in den nächsten Jahren allerdings nicht nachhaltig reduziert werden, ist das Badehaus als Ganzes, d.h. auch der Schwimmbadbereich, nicht mehr zu finanzieren. Komplettschließung wäre die logische

Abgerufen am 05.11.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=10606

Folge. Das wäre in meinen Augen sehr bedauerlich, aber leider auch alternativlos.
Der 10. Punkt wäre das ersatzlose Streichen einzelner Produkte. Auch wenn der Aufschrei groß ist: Für mich gehören dazu beispielsweise sowohl interne wie externe Frauenbeauf-tragte als auch die neu geschaffene Stelle der Integrationsbeauftragten.
Die Ausgabenseite im Haushalt 2012 enthält kaum Investitionen. Das ist auf der einen Seite fatal, denn ein Investitionsstau, z.B. im Bereich EDV-Ausstattung oder Straßenerneuerung, führt unweigerlich zu höheren Kosten in den Folgejahren. Volkswirtschaftlich ist das Unsinn. Auf der anderen Seite sind bei den Investitionen mangels Masse keine weiteren Streichungen möglich.

Fazit

Ich halte bei den Ausgaben kurzfristig Einsparungen von rund 1,5 Millionen € für möglich, mittelfristig sehe ich Möglichkeiten von rund 3 Millionen € unter dem Ansatz für 2012. D.h. selbst wenn alle vorgeschlagenen Punkte bei der Verabschiedung des Haushaltes umgesetzt würden, wäre kein ausgeglichener Haushalt erreichbar. Auch mit Sicht auf 2015 bleibt eine Lücke von mindestens 2 bis 3 Millionen €. Und ich möchte den Kommunalpolitiker sehen, der seinen Wählern die ganzen einschneidenden Maßnahmen aufbürden will, die ich angedeutet habe. Am Ende wird man sich dazu durchringen, irgendwo eine knappe Millionen auf der Ausgabenseite zu streichen. Aber ein echter Sparwille ist bei den Verantwortlichen nur selten festzustellen. 100.000 € jährlich für einen Stadtbus und den Erhalt des Schulbusverkehrs, 170.000 € für eine Spielfläche, die andere für ein Zehntel der Summe realisiert haben, 16.000 € für eine Anzeige, die keiner braucht. Alles Vorschläge bzw. Ausgaben aus dem letzten Monat. Gehe ich weiter zurück, kann die Liste beliebig verlängert werden.

Ausblick

Eigentlich ist es schon 5 nach 12. Eigentlich müsste man über die Teilnahme am kommunalen Rettungspaket der Landesregierung nachdenken. Auf der anderen Seite zeigt die Auflistung aber auch, dass die Deckungslücke von 10 Millionen € nicht gottgegeben ist und es bei größter Anstrengung möglich erscheint, die kommunale Selbstverwaltung auch langfristig noch aufrechtzuerhalten. Ich sehe zu den genannten Vorschlägen keine wirklichen Alternativen, so schmerzhaft sie auch sind. Die Eigenkapitalquote der Stadt hat sich in den letzten Jahren um über 20 % auf jetzt noch knapp über 50 % reduziert. Beim Unterschreiten einer Eigenkapitalquote von 40 % sind die Banken nach der Richtlinie Basel III gezwungen einen Risikoaufschlag zu nehmen. Bei einem „Weiter so“ werden wir diese Grenze bereits 2015 erreichen. Dann steigt

Abgerufen am 05.11.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=10606

alleine der Punkt Zinsen um mehr als eine Millionen € pro Jahr. Grob überschlagen wird unser Eigenkapital im Jahr 2021 oder 2022 aufgebraucht sein. Rödermark wäre zahlungsunfähig und fiele unter Zwangsverwaltung.
Rödermark wird nicht die erste Stadt sein, die die Zahlungsunfähigkeit erreicht, anderen Kommunen geht es noch schlechter. Aber wenn wir jetzt nicht entschieden gegensteuern, gibt es keine Wendemöglichkeit mehr. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die FDP entsprechende Sparvorschläge einbringt und hoffe auf die Einsicht bei meinen Stadtverordnetenkollegen, dass ein „Weiter so“ nicht mehr lange möglich ist.
Dr. Rüdiger Werner
Marienstr. 19
15. Oktober 2011
Zurück zur Übersicht

Abgerufen am 05.11.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=10606